



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DER DEUTSCH-POLNISCHE GRENZRAUM

- **ANALYSE**
Der deutsch-polnische Grenzraum: Verflechtungszone oder anhaltende Asymmetrien? 2
Stefan Garsztecki, Chemnitz
- **DOKUMENTATION**
Programm der Zusammenarbeit (Auszug)
anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und
freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Polen vereinbart 7
- **STATISTIK**
Arbeitslosenquoten im Vergleich 9
- **UMFRAGE**
Ansichten der Polen über andere Nationen 10

- **CHRONIK**
Vom 1. bis zum 14. November 2011 14

- **LESETIPP**
Ukraine-Analysen zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen 15

Der deutsch-polnische Grenzraum: Verflechtungszone oder anhaltende Asymmetrien?

Stefan Garsztecki, Chemnitz

Zusammenfassung

Der deutsch-polnische Grenzraum war nach 1989 lange Jahre von einem starken Wohlstandsgefälle gekennzeichnet, das – gepaart mit Unwissen und Unkenntnis – das Entstehen einer Interessengemeinschaft an der Grenze erschwerte. Heute haben sich die Asymmetrien z. T. umgekehrt, scheint die polnische Seite in manchen Aspekten dynamischer als die ostdeutsche zu sein. Dabei sind auf beiden Seiten parallele Entwicklungen von Landflucht und die Ausprägung strukturschwacher Gebiete entlang der Grenze festzustellen. Die Politiken der grenznahen Bundesländer und Woiwodschaften und die bestehenden Euroregionen entlang der deutsch-polnischen Grenze versuchen die Kooperation stetig zu vertiefen, häufig gestützt auf Fördermittel der Europäischen Union. Dabei werden die Chancen der Bürgergesellschaften nur zum Teil ausgeschöpft. Grenzüberschreitende Phänomene wie Migration und Dienstleistungen sowie Potentiale im Bildungsbereich sind gleichermaßen Indiz für eine neue Qualität der deutsch-polnischen Verflechtung wie auch eine Herausforderung, die bilaterale Infrastruktur den Notwendigkeiten anzupassen.

Ausgangslage: Asymmetrische Strukturen und Problemzonen an der Grenze

Mehr als zwanzig Jahre nach dem politischen Umbruch in Ostmitteleuropa scheinen sich Polen und Deutschland heute stark angenähert zu haben. Noch in den 1990er Jahren konnte dem gegenüber von einer wachsenden Asymmetrie gesprochen werden. Während die DDR nach der deutschen Wiedervereinigung direkt in den bundesdeutschen und in den EU-Binnenmarkt integriert wurde, sah sich Polen einem langen Integrationsprozess gegenüber – über Assoziationsabkommen, Beitrittspartnerschaft, Beitrittsverhandlungen bis hin zur Vollmitgliedschaft im Jahr 2004. Daran schloss sich noch ein Transitionszeitraum von sieben Jahren an, der erst im Mai 2011 mit der völligen Freizügigkeit des Arbeitsmarktes abgeschlossen wurde. Auf der anderen Seite zeigten sich Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung in Polen in den 1990er Jahren dynamischer als in Ostdeutschland. Während in Polen nach Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts ab 1992 stiegen und von 2,6 % im Jahr 1992 bis zu 7,1 % im Jahr 1997 reichten, waren die neuen Bundesländer von Abwanderung und schlechteren Wirtschaftsdaten gekennzeichnet. Dort brach nach Angaben der statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts ab Mitte der 1990er Jahre ein, verbunden mit der steten Abwanderung von Bevölkerung, so dass sich Polen Ende des Jahrzehnts dynamischer darstellte als die neuen Bundesländer.

Heute stellt sich die Situation zwischen Polen und den neuen Bundesländern differenzierter dar. Hier ist zunächst festzuhalten, dass die infrastrukturellen Rückstände in Ostdeutschland erheblich abgebaut wurden.

Fernstraßennetz, Telekommunikationsnetz und Eisenbahnnetz sind erheblich modernisiert worden und z. T. moderner als in den alten Bundesländern. Ausgaben in Forschung und Entwicklung in der Industrie haben zugenommen und der Rückstand gegenüber der westdeutschen Industrie fällt nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aus dem Jahr 2010 in diesem Bereich geringer aus. Auch eine Studie der Bertelsmann-Stiftung von 2010, die sich mit dem Standortwettbewerb der Bundesländer untereinander hinsichtlich Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit (soziale Sicherheit und innere Sicherheit) befasst, bescheinigt diesen Aufholprozess und insbesondere Sachsen-Anhalt und Sachsen erhalten gute Noten. Schließlich sind auch die makroökonomischen Daten deutlich besser geworden. So ist das Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern mittlerweile positiver als noch vor zehn Jahren, da auch sie vom Wirtschaftsaufschwung in Deutschland profitieren. Ihre Steigerungsraten beim Bruttonettoprodukt (BSP) lagen im ersten Halbjahr 2011 z. T. über dem Bundesdurchschnitt von 4,5 %, in Sachsen-Anhalt mit 6 % und Thüringen mit 4,8 %, bzw. nicht viel darunter wie in Sachsen mit 4,2 % und Brandenburg mit 4,0 %. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern fiel hier mit 3 % ab. Die Arbeitslosenquote lag allerdings in allen ostdeutschen Bundesländern im August 2011 deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 7,0 %. Am höchsten war sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 11,1 %, am niedrigsten in Thüringen mit 8,5 %. Allerdings gibt es mit Bremen (11,7 %) auch unter den alten Bundesländern eine z. T. sehr hohe Arbeitslosigkeit und strukturelle Probleme.

Spezifisch bleiben für Ostdeutschland trotz dieser ökonomischen Erholung allerdings die Folgen der Binnenmigration. Trotz einer Abschwächung

der Bevölkerungsabwanderung haben alle ostdeutschen Bundesländer nach 1989 deutlich an Bevölkerung verloren. Großstädte wie Dresden oder Leipzig sind davon zwar nicht mehr betroffen, wohl aber ländliche Gebiete, worunter vor allem Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu leiden haben. Alle an Polen angrenzenden Landkreise haben eine negative Bevölkerungsentwicklung.

Wie sieht dem gegenüber die Situation auf polnischer Seite aus, einem Land, das sich – wie eingangs erwähnt – seit den 1990er Jahren durch eine sehr hohe Wirtschaftsdynamik auszeichnet? Wie stellt sich insbesondere die Entwicklung in den an Deutschland angrenzenden Gebieten dar, also in den Woiwodschaften Westpommern (województwo zachodniopomorskie), Lebuser Land (woj. lebuskie) und Niederschlesien (woj. dolnośląskie)?

Auch in Polen gibt es – ähnlich wie in Deutschland – ein starkes Gefälle hinsichtlich der sozioökonomischen Entwicklung – nur mit umgekehrten Vorzeichen. Bereits in der Zwischenkriegszeit wurde in Polen zwischen dem sogenannten Polen A und Polen B unterschieden. Polen A waren die besser entwickelten westlichen Woiwodschaften, Polen B stand für die rückständigen östlichen Woiwodschaften und trotz des Verlustes der polnischen Ostgebiete nach 1945 ist dieses West-Ost-Gefälle *grosso modo* unverändert geblieben. In den wesentlichen makroökonomischen Daten stehen die westlichen Woiwodschaften Polens besser da. Der Anteil am Brutto sozialprodukt des Landes und das Wachstum sind in den westlichen Woiwodschaften deutlich höher. Allerdings gilt dies nicht einheitlich für alle Woiwodschaften, die mit Ausnahme der Woiwodschaft Masowien (woj. mazowsze) mit dem Zentrum Warschau alle noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen. Die stärksten Woiwodschaften hinsichtlich des Anteils am BSP des Landes sind nach der Woiwodschaft Masowien die Woiwodschaften Schlesien (woj. śląskie), Großpolen (woj. wielkopolskie) und Niederschlesien. Sie werden entweder von Metropolen wie Warschau (Masowien), Posen (Großpolen) oder Breslau (Niederschlesien) dominiert oder aber von einer Städteagglomeration wie im Fall des schlesischen Kohle- und Industriereviers. Die Woiwodschaft Oppeln (woj. opolskie) hat demnach den geringsten Anteil am BSP, dicht gefolgt von der Woiwodschaft Lebuser Land, beides westliche Woiwodschaften, an der Grenze bzw. in Grenznähe gelegen, wobei die Woiwodschaft Lebuser Land eine gemeinsame Grenze mit Brandenburg hat. Die anderen strukturschwachen Woiwodschaften liegen im Osten des Landes.

Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment – FDI) ergibt sich ein differenziertes Bild, das der einfachen Unterteilung in Polen

A und Polen B widerspricht. Nach einer im Auftrag des Ministeriums für Regionalentwicklung (Ministerstwo Rozwoju Regionalnego) erstellten und im Mai 2011 vorgestellten Studie liegen auch hier die Woiwodschaften Masowien, Schlesien, Niederschlesien und Großpolen deutlich vorn, gefolgt von den anderen westlichen Woiwodschaften. Die Woiwodschaft Lebuser Land liegt hier an neunter Stelle und damit im Mittelfeld. Allerdings hat in den letzten Jahren die Dynamik der Zunahme der FDI in den östlichen Woiwodschaften über der Dynamik im Westen gelegen, was für einen allmählichen Aufholprozess spricht. Schließlich ist zwar auch die Arbeitslosigkeit in den westlichen Woiwodschaften niedriger als im Osten des Landes, allerdings mit großen innerregionalen Differenzen. Bei einer Arbeitslosenquote von 11,8 % bezogen auf ganz Polen Ende September 2011 betrug die Quote in der Woiwodschaft Westpommern 16,4 % (in Stettin 9,7 %), in der Woiwodschaft Lebuser Land 14,3 %, in der Niederschlesischen Woiwodschaft 11,9 % (in Breslau 4,9 %), womit letztere zu den starken Woiwodschaften zählte. In der Woiwodschaft Masowien betrug die Arbeitslosenquote 9,5 % (in der Hauptstadt Warschau nur 3,7 %), in der Woiwodschaft Schlesien 9,6 % und in der Woiwodschaft Großpolen 8,6 % (in Posen selbst 3,5 %). Hinsichtlich der Binnenmigration gewinnen auch in Polen vor allem die Städte und bezogen auf die Woiwodschaften Masowien, Großpolen und Niederschlesien, die alle im Jahr 2010 einen positiven Migrationsaldo hatten, während die Woiwodschaft Lebuser Land ebenso wie die Woiwodschaft Westpommern einen negativen Migrationssaldo aufwies.

Es ist also auffällig, dass es auch in Polen große Asymmetrien und ein Stadt-Land-Gefälle gibt, nach wie vor mit den stärkeren Regionen im Westen, während auf deutscher Seite eher die ökonomisch und demographisch schwächeren Regionen in der Nachbarschaft zu Polen liegen. Allerdings sind auch auf polnischer Seite mit den Woiwodschaften Westpommern und Lebuser Land zwei relativ dünn besiedelte Woiwodschaften an der Grenze gelegen. Stettin stellt hier eine Ausnahme dar und strahlt auch positiv auf die Uckermark aus.

Das Ministerium für Regionalentwicklung betrachtet die grenznahen Gebiete denn auch als potentielle Interventionsregionen, betont aber im Rahmen der vom Ministerrat im Juli 2010 angenommenen Landesstrategie für Regionalentwicklung für die Jahre 2010–2020 auch Chancen und Risiken aufgrund der Nähe zu Deutschland für diese Gebiete. Chancen ergeben sich danach aus dem Transfer von *Know-how*, durch Erfahrungsaustausch und *best practice* sowie durch internationale Kooperation; Nachteile evtl. durch einen zu hohen Konkurrenzdruck oder auch durch einen Abfluss von Dienstleistungen nach Deutschland, z. B. nach Ber-

lin. Es gelte also, die endogenen Potentiale der Grenzregionen auszubauen, ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen und die grenzüberschreitende Kooperation zu verbessern.

Dieser kurze Überblick über die grenznahen Gebiete auf beiden Seiten hat zwar gewisse Asymmetrien aufgezeigt, zugleich aber auch die Probleme, die aus der peripheren Lage im Lande selber resultieren. Trotz der relativen Schwäche der ostdeutschen Bundesländer im innerdeutschen Vergleich sind sie ökonomisch stärker als die westlichen Woiwodschaften Polens, zumal sich auch hier die Entwicklung vor allem auf die Metropolen Posen, Breslau, das schlesische Revier und mit Abstrichen Stettin erstreckt. Was läge angesichts dieser Ausgangslage daher näher, als die skizzierten Nachteile durch Kooperationsmodelle zu einem komparativen Vorteil umzugestalten? Es könnte so ein transregionaler Verflechtungsraum, womöglich ein »transnationaler Regionalismus« (Peter Schmitt-Egner) entstehen, der materielle und symbolische Verknüpfungen ermöglicht und befördert. Materielle Verknüpfungen würden die praktische Ebene der Zusammenarbeit berühren, komplementäre bzw. abgestimmte Politikangebote, während die symbolische Ebene Überschreitungen der nationalen Bezugseinheit betrifft, wie sie z. B. die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) darstellt. Allein, es bleibt die Frage, ob die aktuelle Situation Anhaltspunkte für die Entwicklung eines solchen Verflechtungsraums bietet. Dazu sollen im Folgenden die Politikansätze beiderseits der Grenze hinsichtlich ihrer Strategien überprüft werden, bevor im Weiteren die Realität der deutsch-polnischen Euroregionen knapp skizziert wird. Abschließend wird noch auf einige grenzüberschreitende Phänomene eingegangen.

Bundesländer und Woiwodschaften auf dem Weg zur Partnerschaft

Die drei deutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen, die an Polen angrenzen, betonen in ihren Regierungspolitiken den hohen Stellenwert der Kooperation mit den polnischen Woiwodschaften in Grenznähe.

Am deutlichsten wird die hohe Bedeutung der Kooperation mit Polen wohl im Fall des Landes Brandenburg, welches in seiner Verfassung vom 20. August 1992 in Art. 2 der »Zusammenarbeit mit anderen Völkern, insbesondere mit dem polnischen Nachbarn« große Bedeutung beimisst. Auch das Brandenburgische Schulgesetz enthält einen ähnlichen Passus: »Die Schule fördert die Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn.« (§ 4 (5)). Die Wichtigkeit der Partnerschaft zu Polen wird auch dadurch hervorgehoben, dass es sogenannte Partnerschaftsbe-

auftragte in den Woiwodschaften Niederschlesien und Großpolen gibt, die vor allem für die grenzüberschreitende Infrastruktur und für Projekte eingesetzt werden. Auch engagiert sich Brandenburg im Rahmen der Oder-Partnerschaft, die als informelles Netzwerk seit 2006 die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit den polnischen Woiwodschaften Westpommern, Großpolen, Niederschlesien und Lebusser Land verbindet, um einen Regionalverbund politisch und infrastrukturell aufzubauen. Schließlich wird in Brandenburg auch dem Polnisch-Unterricht ein großer Stellenwert eingeräumt. Nach einem Bericht der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2007 wird Polnisch bereits in der Grundschule im grenznahen Bereich angeboten und kann auch als erste Fremdsprache fortgeführt werden. Zudem wird Polnisch auch in den Berufsschulunterricht auf vielfältige Weise integriert.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern pflegt insbesondere die Kooperation mit den Woiwodschaften Westpommern um Stettin herum und Pommern (woj. pomorskie) mit dem Zentrum Danzig. Die Koordination ist in der Staatskanzlei und damit direkt beim Ministerpräsidenten angesiedelt. Seit 1998 werden im Wechsel Präsentationen beim Partner durchgeführt. Demgegenüber ist der Stand des Polnisch-Unterrichtes noch vergleichsweise niedrig, da nach dem erwähnten Bericht der Kultusministerkonferenz von 2007 lediglich zwei Gymnasien und regionale Schulen im Grenzgebiet Polnisch als zweite Fremdsprache anbieten.

Der Freistaat Sachsen setzt dem gegenüber vor allem auf Projekte im Rahmen der europäischen Kohäsionspolitik, die für den Zeitraum 2007–2013 in Form des Programms Interreg IV A (Ziel 3) realisiert werden. In Sachsen geschieht die Umsetzung mit Hilfe des Operationellen Programms der grenzübergreifenden Zusammenarbeit Sachsen-Polen. Projektpartner auf polnischer Seite ist die Woiwodschaft Niederschlesien. Auf dem Gebiet des Polnisch-Unterrichtes ermöglicht Sachsen bereits ab der Grundschule fremdsprachlichen Unterricht in Polnisch. Das Angebot erstreckt sich auch auf die berufliche Bildung und im Schuljahr 2002/03 wurde ein binationaler-bilingualer deutsch-polnischer Bildungsgang an einem Görlitzer Gymnasium eröffnet.

Die an Polen angrenzenden Bundesländer gehen im Umgang mit Polen unterschiedliche Wege. Während die Kooperation in Mecklenburg-Vorpommern in die Kompetenz der Staatskanzlei fällt, sind in Brandenburg und Sachsen Fachministerien dafür zuständig. Im Falle Sachsens wird die Zusammenarbeit zudem vor allem über die Kohäsionspolitik der EU vorangetrieben. Allen drei Bundesländern gemeinsam ist eine wachsende Bedeutung des Polnischen im Schulunterricht.

Die polnischen Woiwodschaften auf der anderen Seite der Grenze haben sich ebenfalls auf die Kooperation mit den deutschen Ländern eingestellt, wenngleich ihre Zuständigkeiten geringer sind als die der deutschen Länder. Trotz der Dezentralisierungsmaßnahmen seit 1998 ist Polen laut Verfassung ein unitarischer Staat. Innerhalb dieses Rahmens wird die Zusammenarbeit gleichwohl intensiv entwickelt, wobei die Zuständigkeit jeweils bei den Marschallämtern (Urząd Marszałkowski) in den Woiwodschaften liegt.

Die Woiwodschaft Westpommern setzt im Rahmen ihrer internationalen Aktivitäten zwei Schwerpunkte. Erstens wird unter Berücksichtigung der Außenpolitik der Republik Polen auf die Kooperation im Rahmen des Ostseeraums abgestellt und hier kommt der Partnerschaft mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern eine große Bedeutung zu. Aber auch die Oder-Partnerschaft wird angeführt. Zweitens wird im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit als Element der europäischen Kohäsionspolitik vor allem auf Projektarbeit abgestellt und eine effektive Umsetzung der Fördermittel angestrebt. Natürlich spielen seit dem Mai 2011 und dem Wegfall jeglicher Beschränkungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch Informationsveranstaltungen über den deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle.

Die Woiwodschaft Lebusener Land erwähnt unter den Zielen ihrer auswärtigen Tätigkeiten im Rahmen der Außenpolitik der Republik Polen unter anderem die Umsetzung des Mitteleuropäischen Verkehrskorridors, der das Baltikum mit dem Mittelmeer verbinden soll, die Kooperation mit den Euroregionen Spree-Neiße-Bober und Pro Europa Viadrina und allgemein eine Stärkung der Woiwodschaft in der internationalen Kooperation. Sachsen und Brandenburg werden dabei neben anderen Regionen aus Italien, der Slowakei, Dänemark und Frankreich als Hauptpartner im Bereich der EU erwähnt. Auch die Oderpartnerschaft wird angeführt. Wichtiger scheint auch im Fall dieser Woiwodschaft die Umsetzung der europäischen Kohäsionspolitik im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit zu sein.

Auch die Woiwodschaft Niederschlesien entwickelt analoge Strukturen, fokussiert auf die Umsetzung der europäischen Kohäsionspolitik als einem Pfeiler der auswärtigen Politik und der Zusammenarbeit mit ausgewählten Regionen Europas als anderem Pfeiler. Zu diesen Regionen zählen u. a. Sachsen und Brandenburg. Wie auch im Fall der Woiwodschaft Lebusener Land wurden die Prioritäten der auswärtigen Beziehungen und die geographischen Schwerpunkte jeweils per Beschluss des Sejmik festgelegt.

Hinsichtlich der auswärtigen, auf Deutschland bezogenen Aktivitäten der Woiwodschaften lassen

sich leichte Unterschiede ausmachen. Die Woiwodschaft Westpommern akzentuiert die Kooperation mit Deutschland sicherlich am stärksten, was sich mit der Darstellung auf Seiten von Mecklenburg-Vorpommern ergänzt. Der Schwerpunkt wird eindeutig auf die Umsetzung der europäischen Kohäsionspolitik gelegt, wobei die Woiwodschaft Westpommern noch am deutlichsten einen eigenen Akzent setzt.

Neben diesen politischen Ansätzen der Kooperation auf der Ebene der Regionen, d. h. der Bundesländer und Woiwodschaften, gibt es noch vielfach weitere Verknüpfungen. Zu nennen wären die zahlreichen Kooperationen der Universitäten, die aber oft nicht auf den Grenzraum abzielen, sondern diesen häufig überspringen. Anzuführen wären auch vielfältige Ansätze für grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen in Form von Kooperationen, grenzüberschreitend gültigen Fahrkarten und dergleichen mehr.

Ein Brennpunkt für den Zustand der grenzüberschreitenden Partnerschaft sind vor allem aber die vier Euroregionen, die an der deutsch-polnischen Grenze funktionieren.

Euroregionen als Synapsen der Gesellschaften?

Die Euroregionen wurden als kommunale, grenzüberschreitende Zusammenschlüsse Ende der 1950er Jahre gegründet und zwar zunächst zwischen Deutschland und den Niederlanden. An der deutsch-polnischen Grenze sind seit Anfang der 1990er Jahre vier Euroregionen entstanden: die Euroregion Pomerania (1991) mit schwedischer Beteiligung, die Euroregion Pro Europa Viadrina (1993), die Euroregion Spree-Neiße-Bober (1993) und die Euroregion Neiße-Nisa-Nysa (1991) noch zusätzlich mit tschechischer Beteiligung. Alle Euroregionen wollen die Kooperation über die Grenze hinweg verbessern und stützen sich dabei wesentlich auf die Umsetzung von Projekten, häufig mit Hilfe der Kohäsionspolitik der EU. Zudem organisieren sie Messen, sind Kontaktbörse und informelles Dach für vielfältige grenzüberschreitende Aktivitäten.

Der Vergleich der Euroregionen zeigt ein ähnliches Feld von Aktivitäten und auch Unterschiede zwischen der deutschen und der polnischen Seite.

Erstens sind auf deutscher Seite nicht nur Gemeinden Mitglieder in den als Vereinen fungierenden Euroregionen, sondern auch Verbände, Kammern, Universitäten, Vereine etc., z. T. in Abhängigkeit vom Vereinsstatut als fördernde Mitglieder. Auf polnischer Seite sind es lediglich Gemeinden und Kreise, während Kammern, Verbände usw. hier nicht vertreten sind. Die Statuten der polnischen Vereine schließen dies noch aus. Damit existiert auf deutscher Seite eine erheblich brei-

tere Plattform der grenzüberschreitenden Kooperation und Koordination.

Zweitens ist auffällig, dass alle Euroregionen über jeweils getrennte Sekretariate verfügen. Ein Vergleich mit den zugegebenermaßen erheblich älteren westlichen Euroregionen, wo häufig gemeinsame (technische) Sekretariate bestehen, offenbart hier noch Verbesserungspotential. Die Koordinierung der Aktivitäten wäre in einem gemeinsamen Sekretariat effizienter und es müsste bei Einladungen zu Tagungen und Veranstaltungen weniger auf »diplomatische« Aspekte Rücksicht genommen werden.

Drittens erschöpft sich die Aktivität der Euroregionen vor allem auf die Umsetzung von Projekten, in der Regel finanziert von der EU oder an den EU-Förderrichtlinien ausgerichtet. Es scheint, dass damit das Verflechtungspotential insbesondere der Gesellschaften noch nicht ausgeschöpft ist. Zwar lassen die EU-Fördermittel auch Begegnungsprojekte zu, aber das Zusammenwachsen der Gesellschaften im Grenzraum sollte auch ohne Projektunterstützung voranschreiten und daher sollten die Euroregionen einen Teil ihrer Aktivitäten auf die Vernetzung von Bürgeraktivitäten richten. Momentan sind sie eher *Relais* für die EU-Kohäsionspolitik, was sicherlich auch verdienstvoll ist, da es zur Stärkung des grenznahen Wirtschaftsraumes beiträgt.

Grenzüberschreitende Phänomene und Verflechtungen

Neben den politischen Ansätzen der administrativen Regionen (Bundesländer und Woiwodschaften) und den Aktivitäten der Euroregionen sind weitere Ansätze der Vernetzung über die deutsch-polnische Grenze hinweg zu beobachten.

Hier ist an erster Stelle die grenzüberschreitende Migration anzuführen. Seit dem Beitritt Polens zur EU und verstärkt noch seit der völligen Arbeitnehmerfreizügigkeit (Mai 2011) ist ein wachsender Zuzug von Polen nach Deutschland im grenznahen Raum zu beobachten. Dies trifft z. B. auf die Uckermark zu, wo sich in den letzten Jahren viele Bürger aus Stettin angesiedelt haben, um die hohen Immobilienpreise in Stettin zu umgehen. Damit verknüpft sind vielfältige Probleme und Herausforderungen. Zu einer gelingenden Integration zählt nicht nur der entschiedene Kampf gegen Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit, sondern auch eine besondere Betreuung der Neubürger. Hilfreich wäre es da schon, wenn beispielsweise die Webseiten der Stadt Löcknitz, eines der Zentren der neuen polnischen Migration, auch auf Polnisch im Internet vorhanden wären. Die örtlichen Immobilienmakler sind hier der Politik um einiges voraus.

Neben der Migration wird auch der grenzüberschreitende Dienstleistungssektor an Bedeutung gewinnen. Vielfach sind Dienstleistungen auf polnischer Seite weiterhin deutlich billiger als auf deutscher Seite. Dies betrifft Baudienstleistungen, die (zahn)medizinische Versorgung, Dinge des täglichen Bedarfs. Auch die touristischen Angebote beiderseits der Grenze bieten Verflechtungspotential. Polnische und tschechische Touristen kann man im Erzgebirge und im Vogtland, an der Mecklenburgischen Seenplatte und im Brandenburgischen antreffen. Es ist zwar wohl noch kein Massenphänomen, aber gerade hier dürfte die gemeinsame touristische Vermarktung sinnvoll und effizient sein.

Schließlich dürfte auch der Bildungssektor als grenzüberschreitendes Phänomen weiter an Bedeutung gewinnen. Bilinguale Schulen könnten ebenso ein entscheidender Baustein für den weiteren Berufsweg sein wie ein deutscher Universitätsabschluss. Hier haben die ostdeutschen Universitäten noch Nachholbedarf hinsichtlich ihrer Internationalisierung. Während die Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) im Wintersemester 2010/11 23 % ausländische Studierende verzeichnete – die Mehrheit dürfte aus Polen gewesen sein –, waren es an der TU Dresden im gleichen Semester 13,5 %, vergleichbar mit den 13,4 % der renommierten Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. In Leipzig waren es 9,8 % ausländische Studierende, an der TU Chemnitz im Wintersemester 2008/09 6,4 %. Da es sich hier um die Gesamtzahlen ausländischer Studierende handelt, ist es offensichtlich, dass noch erhebliches Potential für die Gewinnung polnischer Studierender existiert. Dafür sind aber nicht nur die Webseiten der Universitäten zu überarbeiten, sondern auch das Studienangebot in Englisch zu erweitern und Werbekampagnen zu starten, so wie es große amerikanische Universitäten schon seit jeher tun und wie es die TU Chemnitz in den letzten Jahren erfolgreich in westdeutschen Bundesländern unternommen hat. Es wundert daher nicht, dass mit Ausnahme der Viadrina keine der genannten Hochschulen einen polnischen Webauftritt hat.

Derartige Kontakte dürften aber nicht nur für den Grenzraum große Bedeutung haben, sondern insgesamt für das deutsch-polnische Verhältnis. Umfragen des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) aus diesem Sommer belegen, dass die Mehrheit der Polen ihr Wissen über Deutschland nach wie vor aus Fernsehen, Zeitung und Internet schöpft und dass immerhin 69 % der Polen nach 1989 nicht in Deutschland war. Zugleich wird als häufigster Grund mit 29 % für einen Besuch in Deutschland Tourismus angegeben, erneut ein überraschendes Ergebnis, welches so gar nicht dem arbeitssuchenden Polen entspricht. Ein Stück Normalität ist also im deutsch-polni-

schen Verhältnis eingekehrt – mit Potential nach oben. Dafür wäre es wichtig, dass die Oderpartnerschaft eine neue, von Fördermitteln unabhängige Qualität erreichen würde. Gemeinsame Sekretariate der Euroregio-

nen, mehr gemeinsame deutsch-polnische Studiengänge und ein weiterer Ausbau des Polnischen an Schulen und Universitäten wären ein guter Anfang.

Über den Autor

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Politologe, Professor für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz

DOKUMENTATION

Programm der Zusammenarbeit (Auszug)

anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vereinbart

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit leitete ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen ein. Anlässlich des 20. Jahrestags seiner Unterzeichnung geben beide Länder ihrem Willen Ausdruck, die Zusammenarbeit in folgenden Bereichen zu vertiefen:

[...]

2. Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Deutschland und Polen teilen eine lange gemeinsame Grenze. Den Alltag zwischen unseren beiden Ländern haben die Regionen mit ihrem unermüdlichen Einsatz hier konkret erlebbar gestaltet. Die deutsch-polnische Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit ist das zentrale Gremium der Verbesserung der Zusammenarbeit der Regionen. Insbesondere in den Grenzregionen sind bedarfsgerechte Verkehrs- und Infrastrukturprojekte für ihre Bewohner und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung. Nachhaltige Impulse, insbesondere in den Bereichen Hochschule, Forschung und Industriezusammenarbeit wird die Oderpartnerschaft weiterhin geben. Die Infrastrukturkarte für die Entwicklung des überregionalen Verkehrs begrüßen wir als gutes Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Wir danken ausdrücklich den Ländern und Woiwodschaften für ihr herausragendes Engagement und die zahlreichen Projekte in so vielfältigen Bereichen, deren einzelne Aufzählung den Rahmen dieses Programms übersteigen würde. Beispielhaft seien hier Ausstellungen, Schul-, Jugend- und Pädagogikprojekte genannt, die für einem besseren Verständnis der Denkweisen und Traditionen des Nachbarlandes dienen.

- 2.1 Unser Ziel ist es, die Fahrtzeit auf der Eisenbahnstrecke Berlin–Breslau ab Ende 2011 deutlich zu reduzieren. Auch den Schienenweg von Berlin nach Stettin wollen wir modernisieren und möglichst eine Fahrtzeit von unter 90 Minuten für Personenzüge auf der Strecke Berlin–Stettin erreichen.
- 2.2 Auf Grundlage des Abkommens vom April 2003 und des Vertrags vom Februar 2008 sind wir entschlossen, den zweigleisigen Ausbau des Bahnabschnitts deutsch-polnische Grenze–Horka–Hoyerswerda einschließlich der Elektrifizierung sowie den Neubau der Eisenbahngrenzbrücke bei Horka zum Abschluss zu bringen sowie die noch fehlenden Abschnitte der Eisenbahnverbindung Breslau–Dresden zu elektrifizieren.
- 2.3 Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen den für den grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr zuständigen Behörden und den Eisenbahnbehörden durch die baldige Unterzeichnung des im Oktober 2010 paraphierten deutsch-polnischen Abkommens über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs an der deutsch-polnischen Grenze stärken. Wir wollen mit diesem Abkommen auch für die Eisenbahnverkehrsunternehmen

- im grenznahen Bereich die Festlegung von Grenzbetriebsstrecken und Strecken des vereinfachten Eisenbahndurchgangsverkehrs erleichtern.
- 2.4 Wir befürworten die weitere Entwicklung des grenzüberschreitenden regionalen Personenverkehrs im deutsch-polnischen grenznahen Raum.
 - 2.5 Wir möchten den Prozess des Baus neuer Straßenverkehrsverbindungen in der grenznahen Region fortsetzen. Grundlage hierfür sind die Abkommen zwischen Deutschland und Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken aus den Jahren 1995 und 2000.
 - 2.6 Wie werden den im Operationellen Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG IVA) genehmigten Bau der Grenzbrücke zwischen Coschen und Zytowan (Seitwann) fortsetzen.
 - 2.7 Auf dem Gebiet des Seeverkehrs wollen wir die Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten im Interesse einer verbesserten Sicherheit im Ostseegebiet und des Umweltschutzes verstärken. Durch den baldigen Abschluss eines deutsch-polnischen Abkommens wollen wir gemeinsam Meeresverschmutzungen durch Öl und andere Schadstoffe in diesem Raum bekämpfen.
 - 2.8 Wir werden die Zusammenarbeit im Rahmen des Projekts BaltSeaPlan durch die Förderung einer integrierten Raumplanung auf See und die Schaffung nationaler Strategien für die Seegebiete der Ostseeanrainerstaaten fortsetzen.
 - 2.9 Im Bereich der Raumordnung wollen wir die in den Jahren 1992/93 ausgearbeiteten Empfehlungen zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktualisieren, und mit dem Vorhaben »Wettbewerb für modellhafte Kooperationsprojekte im deutsch-polnischen Grenzraum« möchten wir Anstöße für kreative zukunftsgerichtete Ideen geben. Wir werden die Erarbeitung der gemeinsamen Vision einer Strategie für die Entwicklung der grenznahen Räume Deutschlands und Polens unterstützen.
 - 2.10 Wir wollen auch die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit der Binnenschifffahrt auf den Grenzgewässern von Oder und Lausitzer Neiße fortsetzen.
 - 2.11 Auch im Bereich Gesundheitsfürsorge befürworten wir eine engere Zusammenarbeit, insbesondere im grenznahen Raum. Die Unterzeichnung des Rahmenabkommens zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Rettungsdienste noch im Jahr 2011 wird dieses Ziel begünstigen. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit tragen die »Deutsch-Polnischen Sommerakademien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich des medizinischen Rettungswesens« sowie die gemeinsamen Initiativen zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen der Zentren des Rettungsmeldewesens (CPR) bei.
 - 2.12 Der rasche und unbürokratische Einsatz beider Seiten beim Katastrophenschutz und der Hochwasserbekämpfung, u. a. an der Oder und der Warthe im Jahr 2010, hat gezeigt, dass enge und effektive Zusammenarbeit Voraussetzung für einen wirksamen Schutz ist. Zu diesem Zweck werden Maßnahmen zur Erarbeitung eines gemeinsamen Alarmplans für die Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit und der Rettungsmaßnahmen im Fall von Hochwasser ergriffen werden. Wir wollen unsere Zusammenarbeit durch gemeinsame Trainings- und Schulungsmaßnahmen verstärken. Wir wollen auch die über die Jahre bewährte gute Zusammenarbeit in der Grenzgewässerkommission für Oder und Neiße fortsetzen. Wir streben eine Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet an (Hochwasserschutz, Durchfluss- und Schifffahrtsbedingungen).

3. Verkehr und Infrastruktur

Deutschland und Polen werden Maßnahmen zur Verwirklichung von kohärenten und effektiven Verkehrsverbindungen in den bilateralen Beziehungen sowie in der europäischen Dimension unterstützen. In Erkenntnis des zunehmenden Mobilitätsbedürfnisses der Bevölkerung der EU-Länder und unter Berücksichtigung der Wachstumstendenzen im Verkehrssektor werden wir die Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsverbindungen, insbesondere hinsichtlich der im TEN-T-Netz definierten, intensivieren. Wir werden den Ausbau der Bahnverbindungen fortsetzen und dabei die Entwicklungstendenzen im Verkehrssektor berücksichtigen.

- 3.1 Wir wollen die Zusammenarbeit für die Entwicklung von möglichen Hochgeschwindigkeitseisenbahnverbindungen zwischen Deutschland und Polen fortführen.
- 3.2 Wir werden die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit durch den Austausch von gegenseitigen Erfahrungen und den erfolgversprechendsten Methoden (»best practice«) entwickeln.
- 3.3 Wir werden gemeinsame Projekte zur Verbesserung der Sicherheit und des Verkehrsflusses im Straßenverkehr auf den grenzüberschreitenden Verkehrswegen, zur gemeinsamen Sicherheitsinfrastruktur und zum Erfahrungsaustausch von Polizeibeamten im Bereich gemeinsamer grenzüberschreitender Maßnahmen durchführen.

- 3.4 Im Bereich der Infrastrukturfinanzierung werden wir den Erfahrungs- und Meinungsaustausch fortsetzen, um dabei verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für Infrastrukturprojekte, z.Bsp. durch Öffentlich-Private Partnerschaften zu klären.
- 3.5 Wir möchten die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den an der Entwicklung und dem Einsatz neuer Technologien im Verkehrswesen Interessierten fördern, insbesondere im Bereich der Intelligenten Verkehrssysteme (Intelligence Transport Systems).

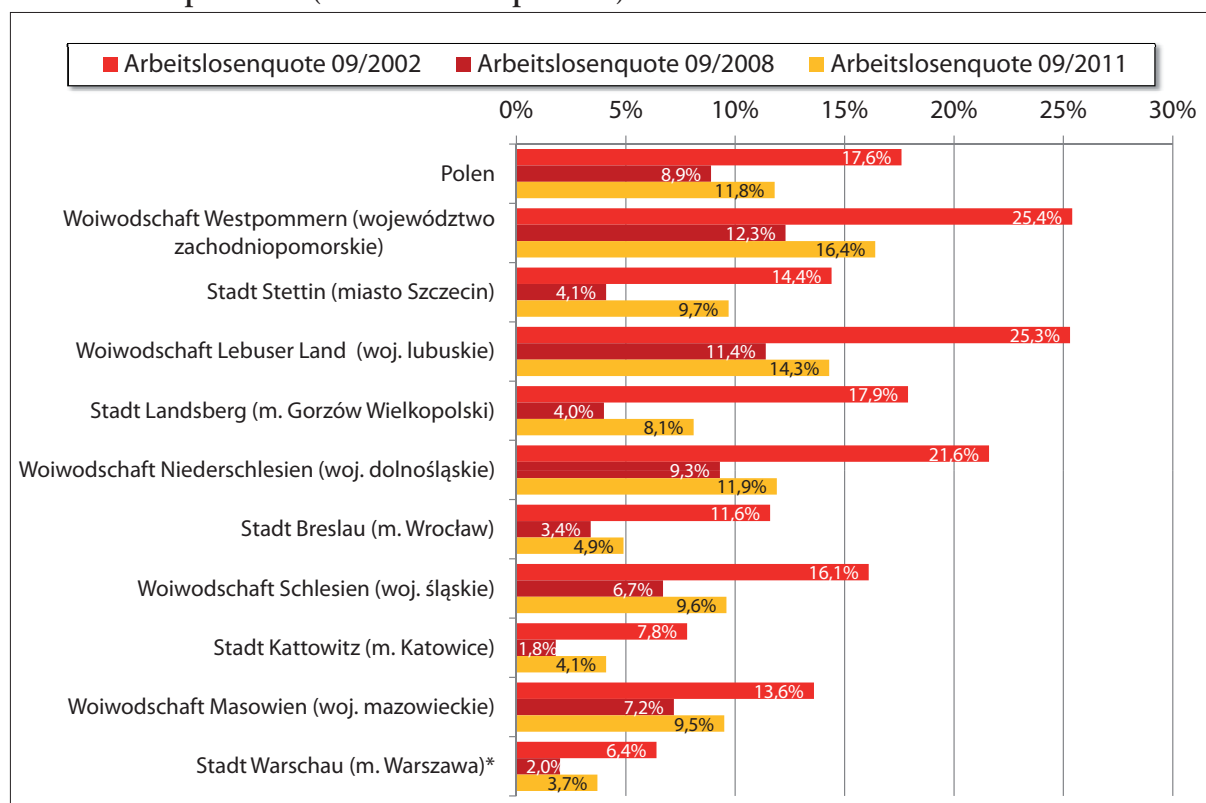
[...]

Quelle: http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/___Anlagen/2011/06/2011-06-21-programm-deutsch-polnische-nachbarschaft,property=publicationFile.pdf (abgerufen am 14.11. 2011)

STATISTIK

Arbeitslosenquoten im Vergleich

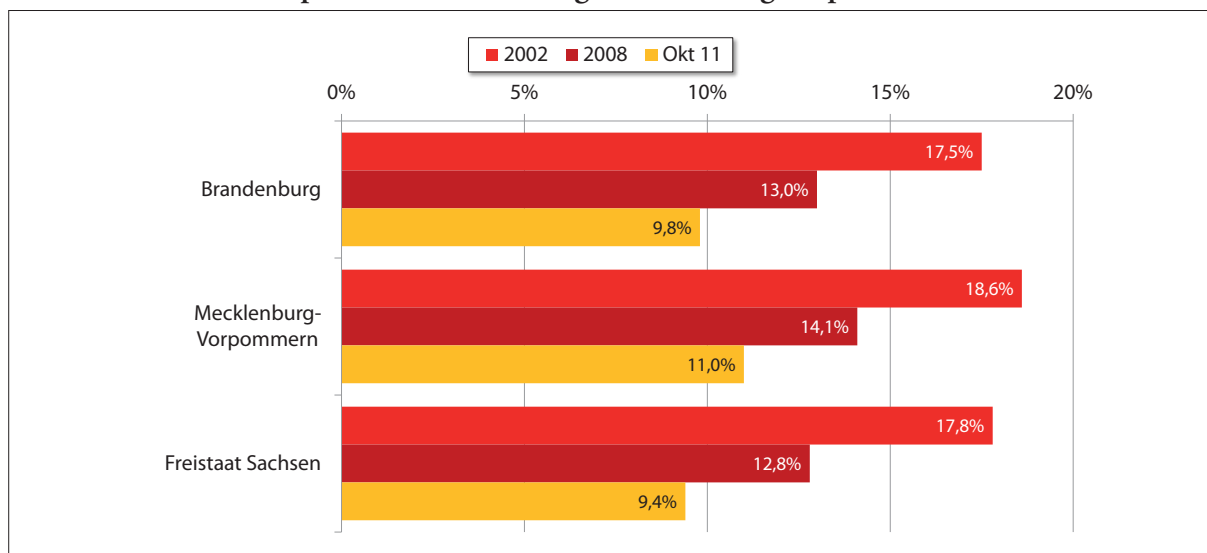
Grafik 1: Arbeitslosenquoten nach ausgewählten Woiwodschaften und Woiwodschaftshauptstädten (Stand: Ende September)



* für September 2002: Kreis Warschau (powiat warszawski)

Quellen: Główny Urząd Statystyczny – GUS [Statistisches Hauptamt]: Stopa bezrobocia (w %) i liczba bezrobotnych według województw i powiatów. Wrzesień 2002. [Die Arbeitslosenquote nach Woiwodschaften und Kreisen. September 2009]. und Liczba bezrobotnych oraz stopa bezrobocia. Stan w końcu września 2008r. [Die Anzahl der Arbeitslosen sowie die Arbeitslosenquote. Stand: Ende September 2008.] und Liczba bezrobotnych zarejestrowanych oraz stopa bezrobocia według województw, podregionów i powiatów. Stan w końcu września 2011r. [Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote nach Woiwodschaften, Unterregionen und Kreisen. Stand: Ende September 2011.], www.stat.gov.pl (abgerufen am 14.11.2011)

Grafik 2: Arbeitslosenquoten in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen

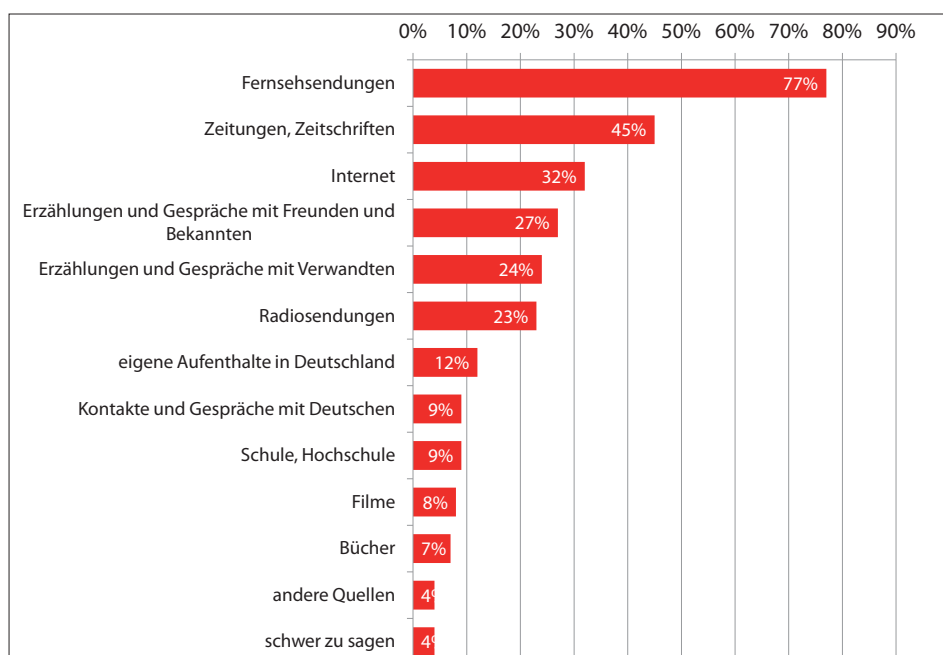


Quellen: Für 2002: *Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten – Jahresdurchschnitt – regionale Ebenen*, www.regionalstatistik.de und für 2008: *Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten – Jahresdurchschnitt – regionale Ebenen*, www.regionalstatistik.de und für 2011: *Bundesagentur für Arbeit, zitiert nach: Statista*. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/36651/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> (abgerufen am 14.11. 2011)

UMFRAGE

Ansichten der Polen über andere Nationen

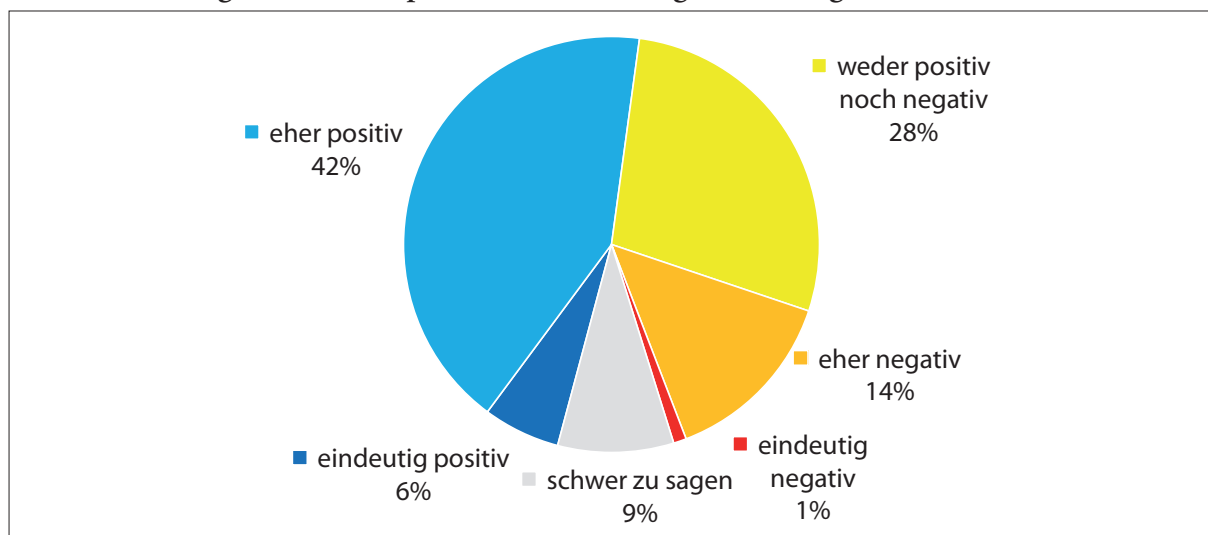
Grafik 1: Woher nehmen Sie Ihr Wissen über Deutschland und die Deutschen?*



*Die Befragten konnten vier Angaben machen.

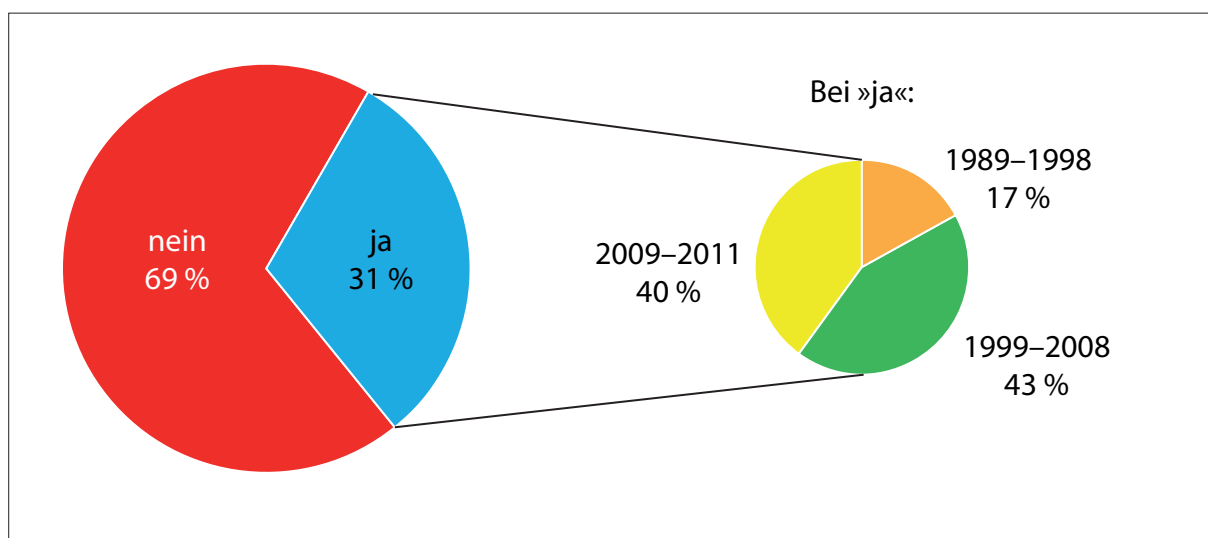
Quelle: CBOS, BS/79/2011: *Polacy o Niemcach [Polen über Deutsche]*. Warszawa 06/2011. www.cbos.pl

Grafik 2: Haben die Informationen über Deutschland und die Deutschen, denen Sie begegnen, im Allgemeinen eine positive oder eine negative Aussage?



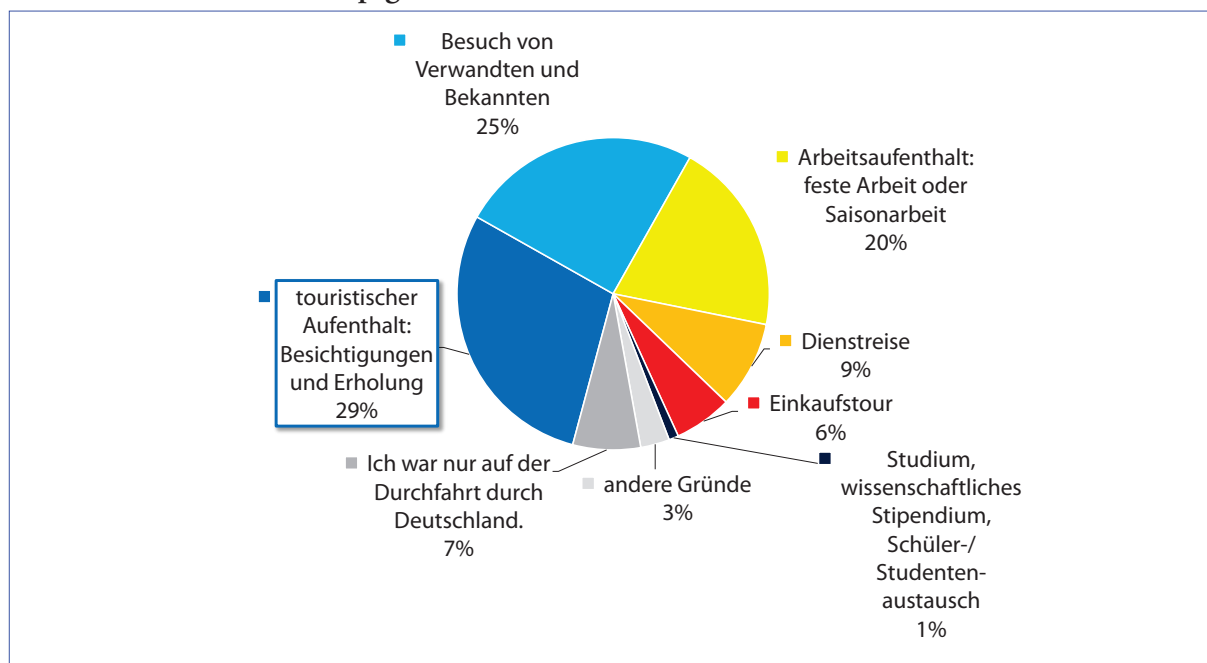
Quelle: CBOS, BS/79/2011: Polacy o Niemcach [Polen über Deutsche]. Warszawa 06/2011. www.cbos.pl

Grafik 3: Waren Sie nach 1989 in Deutschland?



Quelle: CBOS, BS/79/2011: Polacy o Niemcach [Polen über Deutsche]. Warszawa 06/2011. www.cbos.pl

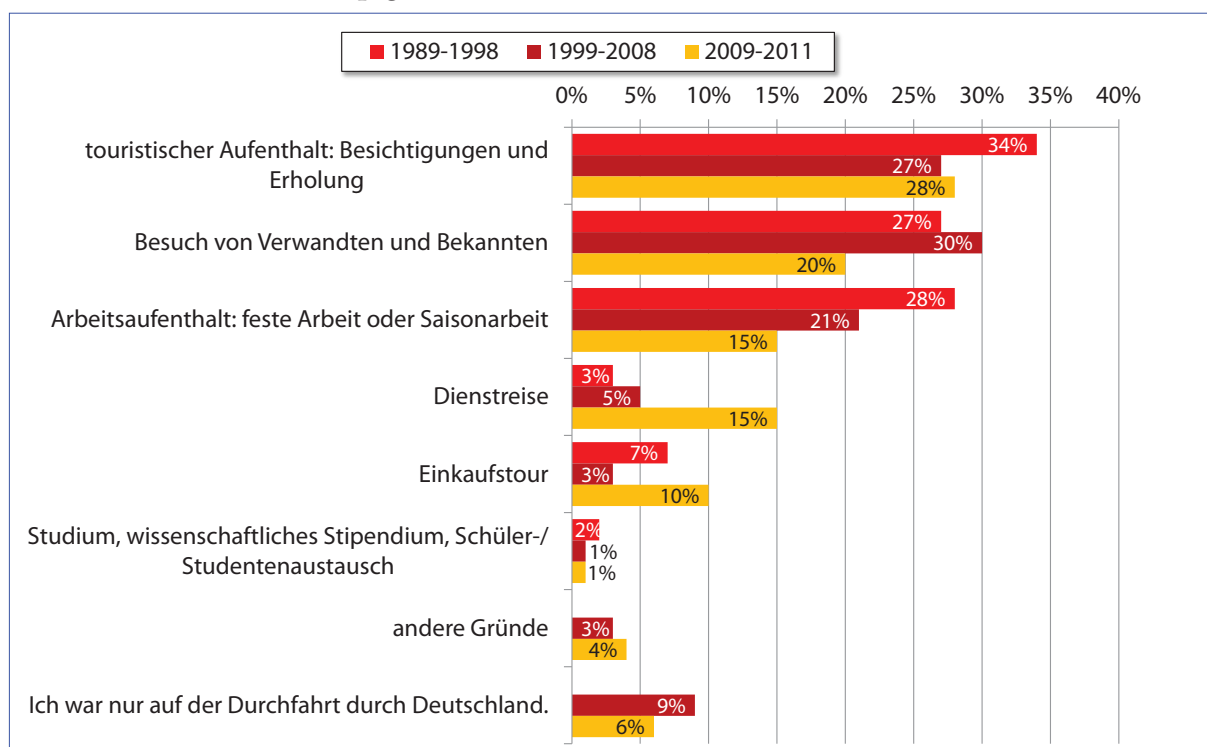
Grafik 6: Was war der Hauptgrund für ihren letzten Besuch in Deutschland?*



*zwischen 1989 und 2011

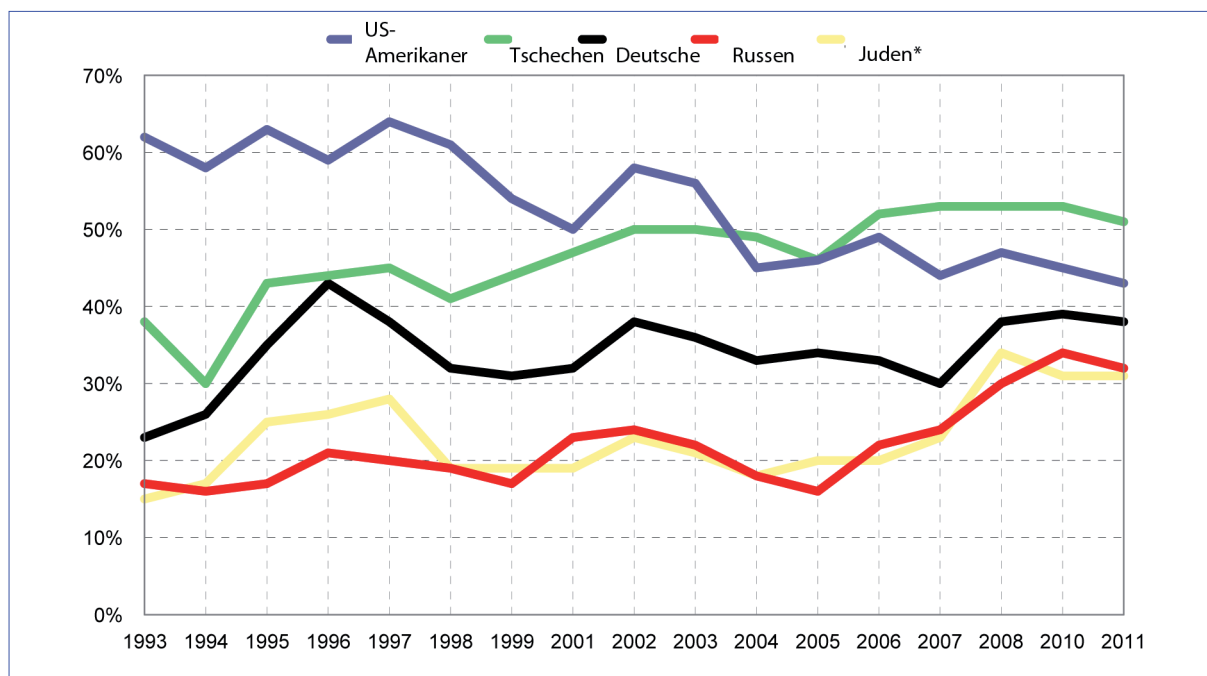
Quelle: CBOS, BS/79/2011: Polacy o Niemcach [Polen über Deutsche]. Warszawa 06/2011. www.cbos.pl

Grafik 7: Was war der Hauptgrund für ihren letzten Besuch in Deutschland? (%)



Quelle: CBOS, BS/79/2011: Polacy o Niemcach [Polen über Deutsche]. Warszawa 06/2011. www.cbos.pl

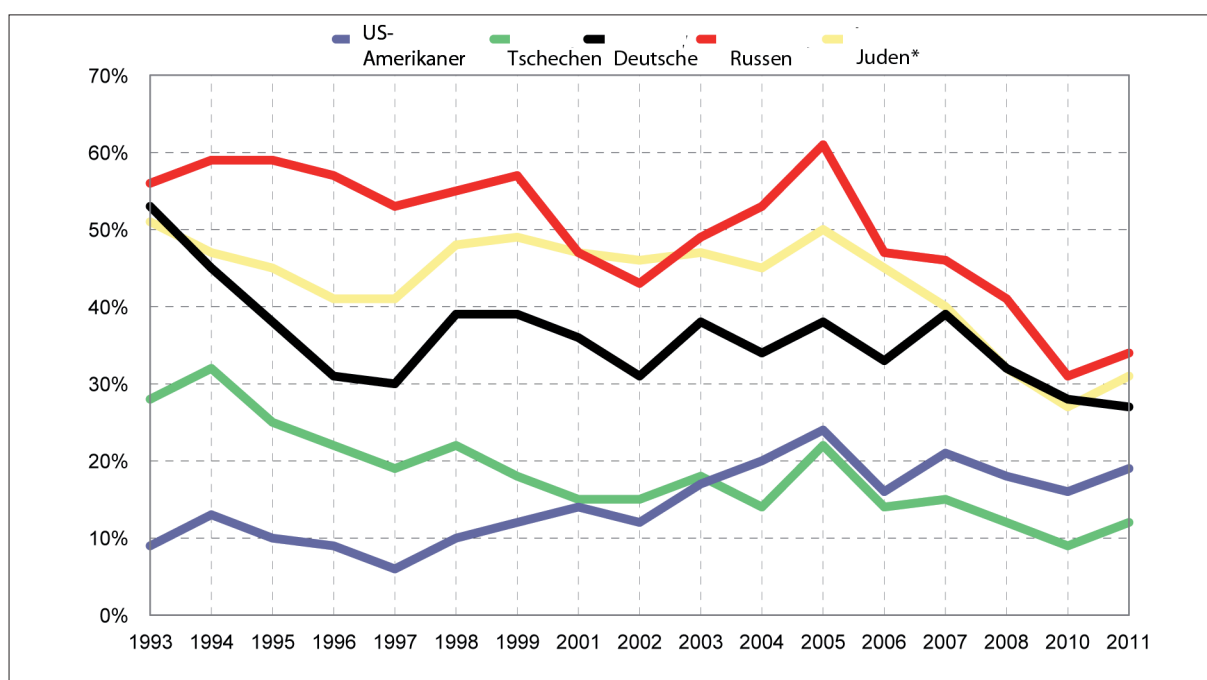
Grafik 8: Veränderungen der Sympathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen



*verstanden als national-ethnische Minderheit

CBOS, BS/13/2011: Stosunek Polaków do innych narodów [Das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen]. Warszawa 02/2011. www.cbos.pl

Grafik 9: Veränderungen der Antipathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen



*verstanden als national-ethnische Minderheit

CBOS, BS/13/2011: Stosunek Polaków do innych narodów [Das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen]. Warszawa 02/2011. www.cbos.pl

Vom 1. bis zum 14. November 2011

01.11.2011	Auf dem Warschauer Flughafen Okęcie führt ein Pilot der polnischen Fluggesellschaft LOT erfolgreich eine Notlandung durch. Vorher waren der Flughafen und die umliegenden Straßen gesperrt worden. Unter den 230 Flugzeuginsassen gibt es keine Verletzten. Staatspräsident Bronisław Komorowski gratuliert der Crew.
03.11.2011	Der ehemalige Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung »Tygodnik Powszechny« Priester Adam Boniecki wird von seinem Orden aufgefordert, seine medialen Auftritte auf den »Tygodnik Powszechny« zu beschränken. Boniecki gehört zur weltoffenen Strömung in der polnischen katholischen Kirche.
04.11.2011	Der Pressesprecher von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Adam Hofman, gibt bekannt, dass die Parteimitglieder und Europaparlamentarier Zbigniew Ziobro, Jacek Kurski und Tadeusz Cymański aus der Partei ausgeschlossen wurden. Nach der Wahlniederlage von PiS in den Parlamentswahlen hatten sie sich öffentlich für mehr Demokratie in der Partei und deren Öffnung ausgesprochen.
05.11.2011	Der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, teilt mit, dass er keinen Nachfolger für sein Amt vorschlagen wird. Napieralski hatte nach der Niederlage der Partei in den Parlamentswahlen angekündigt, am 10. Dezember zurückzutreten. Angesichts der Passivität der Regierung in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise sehe er für das Bestehen der SLD in der Zukunft gute Chancen.
07.11.2011	Die Fraktion Solidarisches Polen (Solidarna Polska) konstituiert sich mit 16 ehemaligen Abgeordneten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS).
08.11.2011	Im Sejm findet die konstituierende Sitzung des neuen Parlaments (VII. Legislaturperiode) mit folgender Sitzverteilung statt: Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) 207, Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) 138, Palikot-Bewegung (Ruch Palikota) 41, Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) 28, Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) 26, Solidarisches Polen (Solidarna Polska) 16, Parteilose 2.
09.11.2011	Finanzminister Jacek Rostowski teilt mit, dass derzeit drei Haushaltsentwürfe für 2012 erarbeitet werden, die einen moderaten und einen mittleren Rückgang des Wirtschaftswachstums bzw. eine Rezession zugrundelegen. Im Dezember wird über eine der Varianten entschieden, so Rostowski.
10.11.2011	Nach der neuesten Prognose der Europäischen Kommission wird für Polen von einem Wirtschaftswachstum von 2,5 % (statt vorher angenommen 3,7 %) für das Jahr 2012 ausgegangen. Polen befindet sich damit zusammen mit Lettland auf Platz 3 nach Litauen (angenommene 3,4 %) und Estland (3,2 %).
11.11.2011	In Warschau findet ein konservativ-patriotischer »Marsch der Unabhängigkeit« und eine »Antifa«-Gegendemonstration zum Tag der Unabhängigkeit (11.11.1918) statt. Überschattet werden die Manifestationen von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Demonstranten und der Polizei. Es werden mehr als 200 Personen festgenommen, darunter 87 deutsche Linksautonome.
12.11.2011	Einen Tag nach den gewalttätigen Ausschreitungen am Tag der Unabhängigkeit in Warschau trifft sich Ministerpräsident Donald Tusk mit Justizminister Krzysztof Kwiatkowski, Innenminister Jerzy Miller, dessen Stellvertreter Adam Rapacki, der Stadtpräsidentin von Warschau, Hanna Gronkiewicz-Waltz, dem Polizeipräsidenten Andrzej Matejuk und dem Polizeipräsidenten von Warschau, Adam Mularz. Tusk verurteilt die Ausschreitungen scharf und spricht sich für ein Vermummungsverbot bei Demonstrationen aus. Er ruft jedoch dazu auf, nüchtern und ohne Hysterie zu überlegen, ob weitere Änderungen im Demonstrationsrecht notwendig seien.
14.11.2011	Die Fraktion der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) fordert von der Regierung eine Erklärung zu den Ausschreitungen am 11. November in Warschau und reicht einen entsprechenden Antrag im Sejm ein. Unter anderem soll begründet werden, warum die Stadtverwaltung Warschau zwei einander feindlich eingestellte Demonstrationen am selben Ort genehmigt hat.

Ukraine-Analysen zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen

Ukraine-Analysen 97, 08.11.2011

Polen und die Ukraine: Pragmatismus schreitet voran

Lina Klymenko, Wien

Zwar befinden sich die derzeitigen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine nicht in der intensivsten Phase seit ihrem Bestehen, jedoch sind sie robust und auf beiden Seiten herrschen pragmatische Überlegungen vor. Allerdings erhalten viele bestehende Projekte der ukrainisch-polnischen Zusammenarbeit keine neuen Impulse mehr. Lediglich im Rahmen der Annäherung der Ukraine an europäische Strukturen konnte Polen über die Jahre seine Rolle als Befürworter der europäischen Integration der Ukraine stärken. Auch wenn Polen nicht weiter auf eine EU-Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine besteht, so gelang es dem Land doch, die Aufmerksamkeit der EU verstärkt auf die Ukraine und die Gefährdung ihrer jungen Demokratie zu lenken. Besondere Bedeutung trug hierbei das Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft Ende September 2011 in Warschau, das unter polnischem EU-Ratsvorsitz durchgeführt wurde.



<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen97.pdf>

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2011 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen